



Ragnar Leunig

ENTWICKLUNG UND PERSPEKTIVEN POLNISCH-DEUTSCHER BEZIEHUNGEN

Einleitung

Die polnisch-deutschen Beziehungen haben seit der Demokratisierung Polens und der deutschen Einheit 1989/1990 unterschiedliche Phasen durchlaufen. Mit dem polnisch-deutschen Grenzvertrag von 1990 und dem polnisch-deutschen Vertrag über gute Nachbarschaft von 1991, der Regelung für die deutsche Minderheit in Polen und das Deutsch Polnische Jugendwerk (DPJW), hatten die politischen Eliten der beiden Länder in kongruenter Weise die Basis für eine gemeinsame Zukunft in Europa geschaffen¹. Als inkongruent erwies sich allerdings die Haltung in beiden Völkern. Während viele Polen, wegen der Hoffnung auf Annäherung und Brückenschlag zum westlichen Europa, ihre, durch die Kriegszeit geprägten Urteile über Deutschland und die Deutschen zurück stellten, paarten sich bei vielen Deutschen Geringschätzung und Unkenntnis über den östlichen Nachbarn.

In einer zweiten Phase, die mit den Beitrittsverhandlungen Polens mit der Europäischen Union (1998) und dem Regierungsantritt der deutschen rot-grünen Regierung zusammenfiel, verstärkte sich besonders deutscherseits die nationale In-

¹ *Quellen zu den deutsch-polnischen Beziehungen 1815–1991*, hrsg. R. Pommerin, M. Uhlmann, Darmstadt 2001, S. 214–442; *Deutschland und Polen im zwanzigsten Jahrhundert. Analysen – Quellen-didaktische Hinweise*, hrsg. A. J. Becher, W. Borodziej, R. Maier, Hannover 2001; K. Ruchniewicz, *Versöhnung – Normalisierung – Gute Nachbarschaft*, In: *Deutsche und Polen. Geschichte – Kultur – Politik*, hrsg. A. Lawaty, H. Orłowski, München 2003, S. 95–106; D. Bingen, *Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949–1991*, Baden-Baden 1998.



teressenpolitik. Mangelnde Sensibilität des deutschen Kanzlers, die polnische Härte bei der Diskussion um den EU-Verfassungsentwurf, die abgelehnte Freizügigkeit für polnische Arbeitnehmer nach dem EU-Beitritt wegen der hohen deutschen Arbeitslosigkeit, die unterschiedlichen Wege in der Irak-Politik und schließlich der enge deutsche Kontakt mit Russland und die, ohne Information Polens und der baltischen Staaten gestartete Initiative der russisch-deutschen Ostsee-Gaspipeline, vergrößerten die Distanz².

Mit der CDU/CSU/SPD-Regierung seit 2005 war deutscherseits wieder eine Chance zu einer deutschen und polnischen politischen Kongruenz gegeben, da diese Regierung bei einer größeren Offenheit gegenüber den mittel- und osteuropäischen Staaten trotz aller Energieinteressen nicht mehr die Nähe zu Russland suchte, wie ihre Vorgängerregierung³ – doch die nach den Wahlen 2005 gebildete polnische Regierung aus der nationalkonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), den Parteien Samoobrona (Selbstverteidigung) und der Liga der Polnischen Familien (LPR) sowie der neu gewählte Präsident Lech Kaczyński, waren nicht nur auf nationale und konservative Werte ausgerichtet sondern wandten sich neben der Europäischen Union vor allem gegen die russische und die deutsche Politik⁴.

Die Regierungen Kaczynski und Tusk und die Regierung Merkel

Im ersten Jahr der beiden Regierungen 2005-2006 war es vor allem die europaskeptische Haltung der polnischen Regierung, die sich zwar für eine Erweiterung nicht aber eine Vertiefung der EU einsetzte und auf der starken Stellung Polens nach dem Vertrag von Nizza (2000) beharrte. Die stieß auf Zurückhaltung bei der deutschen und den anderen EU-Regierungen. Ablehnend war auch die Reaktion auf Lech Kaczyńskis Vorstöße auf Wiedereinführung der Todesstrafe oder eine Energie – NATO ohne Beteiligung Russlands. Die polnische Regierung zeigte kein Interesse an einer Belebung des polnisch-französisch-deutschen „Weimarer Dreiecks“ zu einer Kooperation dieser Staaten. Es gab Initiativen, die Rechte der deutschen Minderheit in Polen zu beschneiden, eine Betonung der historischen Belastungen der deutsch-polnischen Beziehungen und eine grundlegende Ablehnung für Pläne eines deutschen Dokumentationszentrums zum Thema Flucht und Vertreibung, mit

² B. Koszel, *Deutschland – Polen – Europäische Union. Gemeinsame Interessen und Widersprüche. Polnische Erwartungen und deutsche Aktivitäten*, In: *Nachbarn auf Distanz. Polen und Deutsche 1998–2004*, hrsg. A. Wolff-Poweska, D. A. Bingen, Wiesbaden 2005, S. 21–58.

³ Ch. Hacke, *Deutsche Außenpolitik unter Bundeskanzlerin Angela Merkel*, „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (APuZ) 2006, Nr. 43, S. 30–37.

⁴ R. Leunig, *Polen und Deutschland nach den Regierungswechseln*, „Kraakowskie Studia Międzynarodowe“ 2006, Nr. 4, S. 325–340; K.-O. Lang, *Eine Beziehung mit Hindernissen. Deutsch-polnische Beziehungen zwischen Konfrontation und Zusammenarbeit*, ebenda, S. 431–354; *Polnische Geschichte und deutsch – polnische Beziehungen*, hrsg. M. Kneip, M. Mack, Berlin 2007; P. Buras, H. Tewes, *Polens Weg. Von der Wende bis zum EU-Beitritt*, Stuttgart, Leipzig 2005; T. Goll, T. Leuerer, *Polen und Deutschland nach der EU-Osterweiterung. Eine schwierige Nachbarschaft*, Baden-Baden 2005.

der Begründung, dass sich hier eine Tendenz in Deutschland widerspiegele, sich aus einem Täter zu einem Opfer zu machen⁵. Im zweiten Jahr der jetzt von Jarosław Kaczyński geführten national-konservativen polnischen Regierung wurde die deutschlandkritische Haltung immer wieder deutlich ausgesprochen. Unabhängig von den einzelnen Kritikpunkten an der deutschen Regierung in der Frage des EU-Vertrages, der Minderheitenproblematik in Polen und Deutschland oder der Frage der „historischen Belastungen“ der Beziehungen wurde vom polnischen Ministerpräsidenten von „deutscher Dominanz“ in Europa gesprochen. Die Außenministerin Anna Fotyga sekundierte, dass Deutschland Polen nicht als „gleichwertigen Partner“ behandle. Ein größeres Land dürfe einen „kleineren Partner niemals demütigen“⁶. Die polnische Tageszeitung „Dziennik“ hielt der Außenministerin danach vor, sie wolle das Bild vom „deutschen Erbfeind“ wieder beleben⁷. Doch Mariusz Muszyński, Beauftragter des Außenministers für die deutsch-polnische Zusammenarbeit, schlug in die gleiche Kerbe. In Deutschland „werde eine nationale, in ihrem Wesen egoistische und dadurch Polen nicht gerade freundlich gesinnte Politik“ betrieben⁸. In einem späteren Interview fügte er über die deutsche Regierung hinzu „im Moment scheint sie nur nach der Macht in der EU zu streben“⁹.

In gewisser Weise steckte hinter dieser harschen Kritik auch ein Unwillen über die „deutsche Motorfunktion“ in der EU, die sich wieder in der Diskussion um den EU-Vertrag gezeigt hatte. Auch in den Niederlanden war in früheren Jahren gelegentlich Unbehagen über das deutsch-französische Gewicht und die deutscherseits oft gepriesene „Lokomotivrolle“ dieser beiden Partner in der EU aufgekommen, ohne dass es sich in vergleichbarer Kritik geäußert hätte. Manchmal schien die polnische Regierung die Basisarbeit etwa des Deutsch-Polnischen Jugendwerks (DPJW) zu behindern¹⁰. Aber es gab auch diskussionswerte polnische Kritik an deutschem Verhalten, wenn Fotyga im Sejm von „asymmetrisch eingeschätzten Möglichkeiten der polnischen Minderheit, der ethnischen polnischen Gruppe in Deutschland, wenn man die Rechte und Möglichkeiten als Maßstab nimmt, derer sich die deutsche Minderheit in Polen erfreut“¹¹. In der Tat spricht der Deutsch-Polnische Partnerschaftsvertrag von 1991, bei geschätzten 2 Millionen in Deutschland lebenden Polen, nur den Personen deutscher Staatsangehörigkeit polnischer Abstammung gewisse Rechte zu. Ihre „kulturelle, sprachliche und religiöse Identität“ soll durch polnischen Sprachunterricht gefördert werden, wobei dessen Umfang kritisiert wird. Wirkliche Minderheitenrechte werden auch von den polnischen Ve-

⁵ R. Leunig, S. 329–332, 349–350.

⁶ Kaczyński im Interview mit Magazin „Wprost“. Anna Fotyga in einem Interview mit der „International Herald Tribune“. Beide zit. nach: „Süddeutsche Zeitung“ (SZ), 20 VIII 2007.

⁷ Zit nach SZ, 20 VIII 2007.

⁸ Zit nach „Bocholter-Borkener Volksblatt“ (BBV), 16 III 2007.

⁹ „Der Spiegel“ 25 (2007), S. 30–31; „Die Zeit“, 21 VI 2007.

¹⁰ „Der Tagesspiegel“, 11 II 2007.

¹¹ In einer Sejmdebatte über den deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag, 25 I 2007, zum 15. Jahresfest seiner Unterzeichnung, <http://www.polen-news.de/puw/puw80-03.html>.

reinigungen in Deutschland nicht gefordert, da die Polen in Deutschland, zu unterschiedlichen Zeiten in das Land gekommen, keine einheitliche Linie verfolgen¹².

Viele der kritischen Äußerungen von polnischer Regierungsseite an der deutschen Regierung sind, besonders vor den Sejm-Wahlen am 21. Oktober 2007 als innenpolitisch motiviert zu verstehen. Die Regierung von so unterschiedlichen Partnern war im Sommer 2007 zerbrochen und die Minderheitsregierung von Jarosław Kaczyński musste eine Bestätigung durch den Wähler suchen. Polnische Kommentatoren vermuteten hinter den Äußerungen des Ministerpräsidenten und der Außenministerin stecke das Kalkül, durch eine antideutsche Kampagne, durch Charakterisierung der Oppositionspartei Bürgerplattform (PO) und ihres Spitzenkandidaten Donald Tusk als deutschlandnah, die national-konservativen Wahlerfolge des Jahres 2005 wiederholen zu können¹³.

Als ein polnisches Bezirksgericht einer, in den 1970er Jahren in die Bundesrepublik gezogenen Spätaussiedlerin, Eigentumsrechte an ihrem Haus zuerkannte, forderte der Ministerpräsident in einer Pressekonferenz vor dem Haus in den Masuren die Gerichte dazu auf, „patriotisch“ zu entscheiden ohne zu erwähnen, dass die Klägerin ihre polnische Staatsbürgerschaft immer behalten hatte¹⁴. Erst in einer letzten Phase des Wahlkampfes, als es durch Umfragen deutlich wurde, dass zwei Drittel der Polen gute Beziehungen ihres Landes zu Deutschland wünschten, versuchte der polnische Präsident Lech Kaczyński durch eine Reise nach Berlin den Eindruck zu verwischen, dass die Warschauer Außenpolitik immer wieder ohne triftigen Anlass den Konflikt mit der deutschen Regierung suche¹⁵.

Kanzlerin Merkel hat nicht die extremen Partner wie es Jarosław Kaczyński in seiner Koalition hatte, die schließlich im August 2007 zum Bruch, zum Ausscheiden der Selbstverteidigung und der Liga der Polnischen Familien aus der Regierung und zur Minderheitsregierung der Partei Recht und Gerechtigkeit führte¹⁶. Eine Große Koalition ist jedoch anders zu führen als eine Kleine Koalition. Die Bedeutung des Parlamentes tritt zurück, da viele Kompromisse im Koalitionsausschuss gefunden werden, die von Regierung und Parlament akzeptiert werden. Die Kanzlerin nimmt eher die Rolle einer Moderatorin und Vermittlerin zwischen den beiden großen Partnern ein¹⁷. In der Außenpolitik wurde der Kanzlerin ihre Rolle erleichtert, weil es in der Koalition keine grundlegenden Differenzen gab. Allerdings wurde in der Regierung Kaczyński vermerkt, dass Außenminister Steinmeier, als früherer Kanzleramtsminister des ehemaligen Bundeskanzlers Schröder,

¹² R. Leunig, S. 331–332.

¹³ SZ, 20 VIII 2007.

¹⁴ SZ, 20 VIII 2007.

¹⁵ SZ, 13 X 2007.

¹⁶ SZ, 6 VIII 2007; SZ, 14–15 VIII 2007.

¹⁷ K. Niclauß, *Kiesinger und Merkel in der großen Koalition*, APuZ 2008, Nr. 16, S. 3–10; W. Rudzio, *Informelles Regieren. Das Koalitionsmanagement der Regierung Merkel*, APuZ 2008, Nr. 16, S. 11–17; H. Gast, U. Kranenpohl, *Große Koalition – schwacher Bundestag?*, APuZ 2008, Nr. 16, S. 18–25.

Russland eine bedeutsamere Position einräumte, als Angela Merkel¹⁸. Angesichts der „Aufgeregtheiten“ der Zeit der nationalkonservativen Regierung bemerken die deutschen Medien, dass die Kanzlerin „bemerkenwert gelassen“ reagiere¹⁹.

Bei Merkels Besuch in Polen im März 2007 hatte sie der polnische Präsident auch auf die Halbinsel Hela eingeladen, wo sich polnische Truppen während des deutschen Überfalls 1939 auch noch nach dem Fall von Warschau gegen die deutsche Übermacht gewehrt hatten. Hiermit war polnischerseits wieder ein Hinweis auf die polnische Opfersituation im Zweiten Weltkrieg gegeben²⁰.

Die Kanzlerin, die Polens Rolle in der Zeit von Solidarność und deutscher Einheit würdigte, sagte zum von polnischer Seite und auch vom Ministerpräsidenten geäußerten Verdacht, Deutsche wollten sich vom Täter zu Opfer machen „...es wird keine Umdeutung der deutschen Geschichte geben“. Zum polnischen Verdacht der „deutschen Dominanz“ sagte sie: Die europäische Einigungsidee macht Hegemonialstreben im Europa von heute und morgen völlig unmöglich²¹. Erneut wies sie alle Restitutionsansprüche der Preußischen Treuhand gegenüber Polen zurück. Die Debatte über die Ostsee-Gaspipeline suchte sie durch den Vorschlag zu entschärfen, dass auch Polen über diese Gasleitung versorgt werden könne, was polnischerseits aber auf keine positive Resonanz stieß²².

Auf die Meinung der deutschen Bevölkerung gegenüber Polen hatte die Politik der nationalkonservativen polnischen Regierung keine Auswirkung. Bei Umfragen in den Jahren 2006 und 2007 fanden etwa zwei Drittel der befragten Deutschen die Polen „sympathisch“ oder sahen in ihnen „gute Nachbarn.“ Zwar fürchteten 55% der Polen, aber nur 34% der befragten Deutschen, einen Ansehensverlust für Polen durch die EU-Skepsis der Brüder Kaczyński. 43% der Deutschen glaubten, dass sich an der Kooperation mit Polen nicht ändere. Sogar nur 21% der Befragten sahen in Polen eine Bedrohung der eigenen Arbeitsplätze²³.

Die Haltung in der deutschen Bevölkerung gegenüber den Polen hat sich seit Mitte der 1990er Jahre eindeutig verbessert, auch wenn es wieder zu einem aus Ausländerhass motivierten Angriff auf Polen gekommen ist²⁴. Dazu beigetragen haben sicher die polnischen Arbeiter, die in der deutschen Landwirtschaft tätig sind, und für die keine deutschen Arbeitslosen gefunden werden können, die bereit wären unter den gleichen Bedingungen auf dem Lande zu arbeiten. Ebenfalls wichtig für dieses Meinungsbild sind die polnischen Pflegerinnen, die ihre strapaziöse Tätig-

¹⁸ „Die Zeit“, 24 IV 2008.

¹⁹ „Braunschweiger Zeitung“, zit. nach BBV, 21 XII 2006.

²⁰ SZ, 16 III 2007.

²¹ „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ), 17 III 2007; SZ, 17–18 III 2007.

²² SZ, 16 III 2007.

²³ Befragung 6.2007 Umfrage forsa, www.polen.de/news_full.cfm?ID=614&key=stern-Umfrage Befragung; 10.2006 im Auftrag von Bild am Sonntag, www.rp-online.de/public/article/aktuelles/politik/ausland/367840; Umfrage Institute Infratest Dimap und Milward – Brown für „Die Welt“ und polnische Ausgabe von „Newsweek“, 7.2007, www.fid.de/politik/europa/:Umfrage%20Deutsche%20Pole.

²⁴ SZ, 29 IV 2008.

keit mit alten deutschen Menschen durchführen. Erschreckend bleibt weiterhin die Unkenntnis vieler Deutscher über Polen. Zwar waren inzwischen etwa 40% der Deutschen in Polen, aber meist Ostdeutsche. Die Deutsch-Polin Alice Bota schreibt unter dem Titel „Von oben herab. Die meisten Deutschen interessieren sich nicht für Polen. Und finden das auch nicht weiter schlimm“²⁵. Bota und der Politikwissenschaftler Jerzy Markow wiesen warnend darauf hin, dass auch ein eventueller Regierungswechsel in Polen an den schwierigen nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen nichts ändern würde²⁶. Nach einem starken Auftritt in einem Fernsehduell mit Jarosław Kaczyński²⁷, gelang Donald Tusk, dem Spitzenkandidaten der Bürgerplattform (PO) auch ein überzeugender Sieg in der vorgezogenen Parlamentswahl vom 21. Oktober 2007. Zusammen mit der Bauernpartei (PSL) verfügt er über eine klare Mehrheit im Sejm, wenn auch keine Zweidrittelmehrheit. Nationalistische Gruppierungen wie Selbstverteidigung oder Liga der Polnischen Familien sind aus dem Sejm verschwunden. Wie bei allen demokratischen Wahlen in Polen – und wie auch in den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern – ist die regierende Partei, Recht und Gerechtigkeit (PiS), abgewählt worden. Durch die Politik der Regierung Kaczyński hatte eine starke Polarisierung im Lande stattgefunden: Stadt gegen Land, Jung gegen Alt, West gegen Ost. Die vierte noch im Parlament vertretene Bund der Demokratischen Linken (SLD/LiD) fiel zurück. In den westlichen EU-Staaten und auch in Deutschland zeigte sich große Befriedigung, dass die schwierige Regierung Kaczyński klar abgewählt worden war. Dabei übersahen die westlichen Beobachter meist, dass dieser Sieg der PO nur durch die für Polen extrem hohe Wahlbeteiligung (54%) zustande gekommen war, was der Bürgerplattform einen Zuwachs von 125% der Stimmen brachte. Aber auch die nationalkonservative PiS hatte um 52% gegenüber der Wahl 2005 zugelegt. Sie hat die Stimmen der nationalistischen Rechten aufgesaugt. Auch im neuen Sejm bleibt Recht und Gerechtigkeit unter Jarosław Kaczyński eine starke oppositionelle Kraft²⁸.

Einig waren sich alle deutschen, westeuropäischen und polnischen Beobachter, dass mit dem Ministerpräsidenten Donald Tusk ein gemäßigter Ton und die Suche nach Kompromissen in die Außenbeziehungen Polens einziehen werde. Dies würde besonders für die polnisch-deutschen Beziehungen gelten, wo Tusk auf ein gutes Verhältnis zu Merkel aus der Zeit der Gründung des Deutsch-Polnischen Jugendwerks zurückgreifen konnte. Auch der Außenminister Radosław Sikorski, dessen Berufung Präsident Lech Kaczyński zu blockieren versuchte, hat lange in England gelebt und ist international „gut vernetzt“. Symbolisch war auch die Ernennung von Władysław Bartoszewski zum Staatssekretär, der früher immer

²⁵ „Die Zeit“, 21 VI 2007.

²⁶ „Die Zeit“, 13 IX 2007; „Welt am Sonntag“, 5 VIII 2007.

²⁷ SZ, 15 X 2007.

²⁸ „Die Zeit“, 18 X 2007; „Die Zeit“, 25 X 2007, SZ, 23 X 2007; FAZ, 6 XI 2007; FAZ, 7 XI 2007; FAZ, 10 XI 2007.



wieder Kaczyński's Deutschland- und Europapolitik kritisiert hatte. Er wurde Sonderbeauftragter zur Verbesserung der Beziehungen zu Deutschland²⁹. Eine besondere Hoffnung für den deutsch-polnischen Dialog stellt auch die Ernennung des früheren Breslauer Oberbürgermeisters, Bogdan Zdrojewski zum Kultusminister, der sich zum Ärger von PiS immer wieder um das deutsche „kulturelle Erbe“ in seiner Stadt gekümmert hatte³⁰.

Manche Beobachter glaubten nicht an einen grundlegenden Wandel der polnischen Beziehungen zu Deutschland und zur Europäischen Union. Das deutscherseits geplante Dokumentationszentrum zu Vertreibung und die Ostsee-Gaspipeline blieben weiterhin mächtige Stolpersteine und hatte nicht Rokita, ein Vertreter der Bürgerplattform, den Slogan „Nizza oder der Tod“ in die Politik eingeführt, um die starke Stellung Polens in der EU zu sichern³¹? Aber in einem Interview begrüßte es Tusk, dass die polnischen Bürger, vor allem im Westen des Landes, wie es die Wahl gezeigt habe, „den deutschen Komplex hinter sich lassen“. Er charakterisierte Angela Merkel „aus polnischer Sicht beste deutsche Politikerin“, was ihm Umfragen in Polen bestätigten, die die deutsche Kanzlerin an der Spitze der nichtpolnischen Politiker ansiedelten. Jedoch gebe es weiterhin keine Akzeptanz für deutsche Politiker, „die die Rechnung für den Zweiten Weltkrieg in Frage stellen.“ Auch in der Frage der Gaspipeline deutete der neue polnische Ministerpräsident Kompromissmöglichkeiten an³². Zum ersten mal seit der demokratischen Wende in Polen 1989 und der deutschen Einheit 1990 scheint sich eine Kongruenz in der Offenheit der deutschen und polnischen politisch führenden Eliten und eine Annäherung der Bevölkerung der beiden Staaten zueinander zu ergeben, wobei bei der deutschen Bevölkerung aber das Unwissen über das Nachbarland überwiegt. Es wird zu prüfen sein, inwieweit sich diese Kongruenz von Regierungen und Bevölkerung in den Nachbarländern auch in der realen Politik niederschlägt.

Polen, Deutschland und die Europäische Union

Nicht nur im engeren Bereich der Europäischen Union erwies sich die Regierung Kaczyński als ein kritischer Partner. Als der Europarat den 10. Oktober zum Tag gegen die Todesstrafe erklärte, geschah dies gegen den alleinigen und heftigen Widerstand Polens, das den geplanten Gedenktag stattdessen dem Schutz des Lebens gewidmet sehen wollte, was die Verurteilung von Abtreibung und Sterbehilfe eingeschlossen hätte. Die EU konnte sich dem Europarat nicht anschließen, weil Polen dies blockierte³³.

²⁹ SZ, 2 I 2007; „Das Parlament“, 3 XII 2007.

³⁰ SZ, 17–18 XI 2007.

³¹ „Das Parlament“, 29 X–5 XI 2007; „Poland Monthly“, XI 2007, S. 22–23.

³² FAZ, 6 XI 2007.

³³ „Das Parlament“, 1–8 X 2007; SZ, 11 X 2007.



Auch Verhandlungen über ein neues Partnerschaftsabkommen der EU mit Russland konnten nicht begonnen werden, weil Polen einerseits wegen der russischen Importblockade polnischen Fleisches sein Veto einlegte, andererseits weil auch Litauen lange wegen eines Stopps russischer Gaslieferungen bremste³⁴. Das Ende des Fleischboykotts durch Russland und die Zustimmung Polens zu Verhandlungen über den Partnerschaftsvertrag zeigen, dass die neue polnische Regierung ohne große öffentliche Diskussionen Konsens und Kompromisse mit Partnern erzielen kann.

War es im Jahre 2007 ein umstrittenes Straßenbauprojekt durch ein Naturschutzgebiet, das auf die Ablehnung der Europäischen Union stieß, erhebt sich jetzt ein Problem in der traditionellen Landwirtschaft Polens, wie es auch für andere neue EU-Länder gelten dürfte. Polen hat eine Vielzahl von Kleinbauern, die nach traditionellen Methoden wirtschaften. Hatten die polnischen Landwirte anfangs große Bedenken gegen einen Beitritt Polens in die EU, spüren sie jetzt, dass ihre Produkte auf dem EU-Markt eine gute Chance haben. Die Stimmung hat sich gewandelt. Jedoch bedrohen die sanitären Vorschriften und Richtlinien, die stärker den mechanisierten, kommerziell ausgerichteten Höfen zugute kommen, die kleinen biologisch arbeitenden Farmen³⁵.

Am 21.12.2007 traten neun EU-Beitrittsstaaten des Jahres 2004 dem Schengen – Raum bei. Damit sind auch für Polen alle Grenzkontrollen zu den anderen EU-Staaten entfallen, die das Abkommen von Schengen ratifiziert haben. Für die Überprüfung dieses Raumes sorgt einerseits das Schengener Informationssystem (SIS) in dem 20 Millionen Daten über gesuchte, vermisste und unerwünschte Personen, gestohlene Fahrzeuge, Waffen und Banknoten für 24 Länder verfügbar sind, das aber schon 2009 durch ein verbessertes System (SIS II) ersetzt werden soll. Andererseits sind die Kontrollen an den Außengrenzen der Gemeinschaft mit EU-Hilfe sicherer geworden. Es gibt auch Pläne für einen EU-Grenzschutz, der vor allem gegen Illegale eingesetzt werden soll. In Polen wurde die Abschaffung der Grenzkontrollen begrüßt. Aber es bedeutet, etwa an der ukrainisch-polnischen Grenze, auch einen durch Visa erschwerten kleinen Grenzverkehr. Die EU-Innenminister, darunter auch der deutsche Innenminister Wolfgang Schäuble, betonten, dass sich die Grenzöffnung bewährt habe, während von Polizeiseite darauf hingewiesen wurde, dass die Zahl der illegalen Grenzübertritte etwa von Tschetschenen zugenommen habe, die beispielsweise in Österreich oder Deutschland unterschiedliche Chancen auf Anerkennung als Asylbewerber besäßen³⁶.

Ein Diskussionspunkt zwischen Polen und Deutschland, aber vor allem in Deutschland selbst, ist die EU-Freizügigkeit. EU-Länder wie Großbritannien, Irland und Schweden haben auf Grund ihrer eigenen, günstigen Wirtschaftslage und der niedrigen Arbeitslosenzahl die Freizügigkeit für die neuen EU-Mitglieder sofort mit dem Beitritt dieser Länder ermöglicht. Inzwischen sind etwa 2,5 Millio-

³⁴ SZ, 31 I 2008; 29 IV 2008; 13 V 2008.

³⁵ SZ, 21 V 2007; „International Herald Tribune“, 4 IV 2008.

³⁶ SZ, 21 XII 2007; 26–27 I 2008; BBV, 12 I 2008; 2 IV 2008.

nen Polen in diese Länder gegangen. In Polen selbst ist angesichts der günstigen Binnenkonjunktur die Arbeitslosigkeit in den Städten praktisch verschwunden. Es entstand bereits ein Mangel an qualifizierten Facharbeitern, etwa, um die durch EU-Förderung mögliche Infrastruktur zu verbessern. Es gibt einen Nachzug von illegal arbeitenden Ukrainern oder Weißrussen nach Polen. Erste deutsche Baukolonnen arbeiten bereits im östlichen Nachbarland.

Deutschland hat die mögliche Übergangsphase genutzt und keine polnischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik zugelassen. Ausgenommen ist eine Quotenregelung für saisonale Arbeitnehmer in der Landwirtschaft, nachdem hier keine deutschen Arbeitnehmer gefunden werden konnten. Selbstständige können in Deutschland tätig sein. Viele arbeiten teils legal wie Pflegerinnen teils illegal in Deutschland wie beispielsweise polnische Bauarbeiter oder Haushaltshilfen in Berlin. Eine letzte Phase zur Aussperrung von polnischen und anderen Arbeitnehmern besteht bis 2011. In der Wirtschaft gibt es seit längerem, angesichts des Mangels von qualifizierten Arbeitnehmern die Auffassung „Deutschland schadet sich selbst durch die Verlängerung“. In der Politik gibt es, besonders wegen der Unsicherheiten als Folge der globalen Bankenkrise, die Auffassung, dass der Arbeitsmarkt bei über 3 Millionen Arbeitslosen bis 2011 abgeschirmt werden solle. In Polen betrachtet man diese Diskussion gelassen, hält es aber für falsch, da es „keine EU-Bürger zweiter Klasse geben sollte“. Es ist auch die Frage, ob es einen stärkeren Zuzug polnischer Arbeitnehmer nach Deutschland nach 2011 geben dürfte. Die polnische Konjunktur, die bereits erfolgte Abwanderung in andere EU-Länder und die sich verschlechternde demographische Bilanz Polens, die spätestens 2015-2020 zu Engpässen auf dem polnischen Arbeitsmarkt führen dürfte, sprechen dagegen³⁷.

Nach dem Scheitern des EU-Verfassungsentwurfs in den Referenden in Frankreich und den Niederlanden und einer resignativen oder auch kreativen Phase der europäischen Politik, konzentrierte sich die deutsche EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 auf den Text eines EU-Vertrages und seine Annahme. Unter Verzicht auf den Begriff Verfassung, Fahne und EU-Hymne wurden die meisten Inhalte der Verfassung, mit EU-Präsident, „Hoher Repräsentant der Union für Außen – und Sicherheitspolitik“ auf Wunsch Großbritanniens statt Außenminister, die Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen, Grundrechtecharta, die Kontrollrechte der nationalen Parlamente im neuen EU-Vertrag, fortgeschrieben³⁸.

Bis zum letzten Augenblick der Sitzung des Europäischen Rates (6.2007) war das Stimmrecht im Rat der EU umstritten. Auf der einen Seite standen alle EU-Staaten mit Ausnahme Polens unter Führung von Ratspräsidentin Angela Merkel, auf der anderen Seite Präsident Lech Kaczyński, der sich vor Entscheidungen

³⁷ SZ, 26–27 IV 2008; SZ, 12–13 IV 2008; BBV, 31 VII 2007; 21 VIII 2007; 4 IX 2007; R. Leunig, *EU-Erweiterung, Arbeitsmigration und demographische Entwicklungen in Europa*, In: *Niemcy – Europa – Świat. Studia międzynarodowe. Księga pamiątkowa poświęcona Profesorowi Erhardowi Cziomerowi*, Kraków 2007, S. 191–203.

³⁸ W. Weidenfeld, *Die Bilanz der Europäischen Integration 2007*, In: *Jahrbuch der Europäischen Integration 2007*, hrsg. W. Weidenfeld, W. Wessels, Baden-Baden 2008, S. 13–24; „Welt am Sonntag“, 24 VI 2007.

immer mit seinem Bruder, dem Ministerpräsidenten, in Warschau abzustimmen suchte. Der für die EU gültige Vertrag von Nizza sah für Polen wie für Spanien 27 Stimmen; für Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien 29 Stimmen vor, gab also Staaten mit geringerer Bevölkerungszahl ein hohes Gewicht. Der EU-Vertrag sieht jetzt die doppelte Mehrheit vor: 55% der Staaten und 65% der Bevölkerung muss ein Entschluss auf sich vereinigen, um gültig zu sein. Dieses Prinzip der doppelten Mehrheit soll ab 2014 gelten, mit einer Übergangsfrist bis 2017. Da sich bei dieser Regelung die polnische Position abschwächt, wandten sich die Kaczyński-Brüder mit aller Vehemenz dagegen, obwohl schon früher Jan Rokita, ein PO-Vertreter den Slogan „Nizza oder der Tod!“ ausgegeben hatte. Die Auseinandersetzung erreichte auf dem EU-Gipfel seinen Höhepunkt. Die polnische Seite, die sich entschieden benachteiligt fühlte, wollte statt der doppelten Mehrheit die Quadratwurzel aus der Bevölkerungszahl angerechnet wissen und drohte mit dem Veto. Sie lenkte erst ein, als Angela Merkel davon sprach, den Vertrag auch ohne Polen weiter zu verhandeln³⁹. Trotz dieser harten Verhandlungen vermochte die deutsche Kanzlerin ein freundliches Verhältnis zum polnischen Präsidenten und zum Ministerpräsidenten zu bewahren, auch wenn ihr polnischerseits Dominanzverhalten vorgeworfen wurde. Bei Umfragen in der polnischen Bevölkerung wurde zwar die polnische Position für richtig gehalten, jedoch das polnische kompromisslose Verhalten gegen alle anderen EU-Staaten verurteilt. Von den anderen EU-Staaten wurde die deutsche Haltung unterstützt und gewürdigt. Österreichs Bundeskanzler Gusenbauer, der vorher schon versucht hatte, zu vermitteln, sagte „Man gewinnt den Eindruck, dass Polens Führung unter den Brüdern Kaczyński den Deutschen den Erfolg nicht gönnt, die Reform wieder in Schwung zu bringen“⁴⁰.

Wenige Tage nach der Brüsseler Marathon-Sitzung verlangte Jarosław Kaczyński eine Nachbesserung des Vertrages, die Polen erlaubt, bis zu zwei Jahre eine Entscheidung zu blockieren. Diese Zusage sei mündlich in Brüssel gegeben worden. Die polnische Regierung gab aber nach, als der EU-Kommissionspräsident Barroso und auch die deutsche Regierung eine solche Zusage bestritten. Vor der Aufnahme von Beratungen des Sejm im Frühjahr 2008 über den EU-Vertrag warnten aber Präsident Lech Kaczyński und auch der jetzige Oppositionsführer Jarosław Kaczyński vor den Folgen des „Lissabonner Vertrages“, den sie selbst mitverhandelt hatten. Als Tusk Neuwahlen oder ein Referendum ansprach, zogen die beiden ihre Bedenken zurück, da nach Umfragen die PO bei Wahlen über 50%, PiS aber nur 20% erhalten würde. Angela Merkel gilt nach diesen Umfragen auch als beliebteste ausländische Politikerin und die Mehrheit der Polen wünscht sich keine antideutsche Politik sondern gute Beziehungen zum Nachbarland. Möglicherweise galten diese Äußerungen der Kaczyńskis mehr dem inneren Zusammenhalt der Partei als der Sache. Es stellt sich zudem die Frage, ob es jemals zu Abstimmungen

³⁹ „International Herald Tribune“, 19 IV 2007; „Der Spiegel“, 18 VI 2007; „Welt am Sonntag“, 24 VI 2007.

⁴⁰ SZ, 14 VI 2007.



im EU-Rat kommen wird, die für Polen untragbar scheinen⁴¹. Nach langen Kompromissverhandlungen zwischen Präsidenten und Ministerpräsidenten stimmte der Sejm schließlich für den EU-Vertrag⁴².

Die Ostsee-Gaspipeline

Eine der umstrittensten Diskussionspunkte zwischen Polen und Deutschland ist die geplante russisch-deutsche Ostsee-Gaspipeline. Dieses von Kanzler Schröder und dem russischen Präsidenten Putin beschlossene Projekt war, ohne eine Information Polens und der baltischen Staaten, ausgehandelt worden und damit einer der Gründe für die Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen seit 2005. Polnischerseits wurde nicht nur das Fehlen von Informationen beklagt, sondern auch das Ausbleiben von Transitgewinnen bei einer eventuellen über polnisches Gebiet verlaufenden Pipeline. Die Regierung Kaczyński lehnte eine nachträgliche Anbindung an das Projekt ab, da Polen über russische Gaslieferungen aus anderen Verträgen verfüge.

Auf deutscher Seite geriet dieses Projekt ebenfalls unter heftige Kritik, da es die Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen erhöhe und man sich dadurch erpressbar mache, wie es die Beispiele Ukraine und Weißrussland zeigten. Unverträglich erschien, dass Schröder nach seinem Ausscheiden aus dem Amt eine Position in diesem von ihm initiierten Projekt annahm. Inzwischen regt sich heftige Kritik in Schweden an dieser Pipeline aus Umweltgründen und wegen einer eventuellen verstärkten russischen Präsenz in der Ostsee. Die Regierung Tusk hat die Kritik an dieser Pipeline nicht erneuert, sodass eventuell eine Anbindung an das Projekt am Pipeline-Endpunkt Schwedt/Oder denkbar scheint⁴³.

Das US-Raketenabwehrsystem in Polen und Tschechien

Pläne der amerikanischen Regierung, ein Raketenabwehrsystem mit 10 Abfangraketen in Polen und einem ergänzenden Radarsystem in Tschechien gegen „Schurkenstaaten“ – also etwa Iran – zu installieren, wurden von der Regierung Kaczyński begrüßt. Durch eine Reichweitenverbreiterung dieses Systems würden auch die anderen europäischen Staaten geschützt. Polnischerseits erhoffte man sich durch eine Zustimmung ein noch engeres partnerschaftliches Verhältnis zu den USA. Der russische Präsident, die Regierung und hohe Militärs reagierten harsch, sahen dieses Projekt als eine Bedrohung ihres Landes. Russland setzte, nach erster Andro-

⁴¹ SZ, 30 VI 2007; SZ, 25 III 2008.

⁴² „Info Polen“, 1 IV 2008.

⁴³ SZ, 25 II 2008; SZ, 18 III 2008; BBV, 22 I 2007; „DPI – Nachrichten“ (Deutsches Polen-Institut) 2007, Nr. 2, S. 1–2.



hung Putins, den Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) zum 31.12.2007 aus und forderte nach Bemühungen der USA um eine Beilegung des Streites einen dauerhaften Zutritt zu den Anlagen in Polen und Tschechien. Tusk, der schon als Oppositionsführer gewisse Vorbehalte gegenüber dem Projekt ausgedrückt hatte, verlangte als Regierungschef Sicherheitsgarantien der USA als Gegenleistung für die polnische Annahme des Systems. Unter deutschen Politikern waren die Meinungen gespalten. Während Außenminister Steinmeier und auch Egon Bahr ein gewisses Verständnis für die russischen Argumente zeigten, wurden diese Äußerungen von CDU-Seite moniert. Polnischerseits wurde dieses Verständnis in der SPD als prorussisch und antipolnisch interpretiert⁴⁴.

Die Frage der NATO-Erweiterung

Einen heftigen Dissens zwischen den USA und den mittel und osteuropäischen Staaten- darunter Polen-einerseits und fast allen westeuropäischen Staaten an der Spitze Frankreich und Deutschland andererseits gab es auf dem NATO-Gipfel in Bukarest Anfang April 2008 über die Frage, ob die Ukraine und Georgien in ein „Membership Action Plan“ (MAP) aufgenommen werden sollten, das eine Vorstufe zu einem NATO-Beitritt dieser Staaten darstellt. Da die Bedenken der Westeuropäer nicht überwunden werden konnten, einigte man sich zur Enttäuschung der Amerikaner und der Osteuropäer nur darauf, dass die beiden Länder jetzt nicht in das Vorbereitungsprogramm aufgenommen werden könnten, aber diese Staaten – so das Kommuniqué – „Mitglieder der NATO werden.“

Präsident Lech Kaczyński erinnerte die deutsche Politik daran, in welcher unsicherer internationalen Lage Deutschland 1955 in die NATO aufgenommen worden sei. Der polnische Außenminister Radek Sikorski soll bei einem Außenministertreffen gesagt haben, wenn Frankreich und Deutschland „die strategischen Interessen“ Polens hemme, werde das Konsequenzen haben, da Polen „ein langes Gedächtnis“ besitze. Er spielte damit darauf an, dass sich Polen, trotz aller historischen Belastungen, nicht erst seit der „orangenen Revolution“ 2005 als Fürsprecher der Ukraine für einen EU- und NATO-Beitritt sieht. Die Kanzlerin wehrte sich gegen die Unterstellung, dass Rücksichtnahme auf Russland ihre Politik bestimme. Russland habe kein Veto-Recht in der NATO. Sie bezog sich aber darauf, dass in der Ukraine selbst keine Einigkeit in dieser Frage bestehe und 70% der Ukrainer derzeit eine NATO-Mitgliedschaft ablehnten und selbst der ukrainische Präsident Juschtschenko und die Ministerpräsidentin Timoschenko in der Frage der Annäherung ihres Landes an die NATO unterschiedlicher Meinung seien. Ähnlich argumentierte Steinmeier. Aber es stieß auf Unwillen bei den östlichen NATO-Partnern,

⁴⁴ „International Herald Tribune“, 4 IV 2008; SZ, 17 II 2007; „Das Parlament“ 19 II 2007; FAZ, 20 II 2007; „Der Tagesspiegel“, 21 II 2007; BBV 24 III 2007; 9 VII 2007; 16 VII 2007; 9 IV 2008, www.focus.de/politik/ausland/us_raketenschild_aid_233284.html.



dass er mehr Verständnis für die russische Haltung zeigte, da Russland nach der westlichen Anerkennung des Kosovo nicht weiter herausgefordert werden sollte.

In den Augen vieler polnischer Beobachter nimmt der deutsche Außenminister, stärker als die Kanzlerin, Rücksicht auf die russischen Interessen und setzt damit die Linie von Kanzler Schröder fort. Steinmeier suchte, dem bei einer Russland-Reise durch ein Plädoyer über die Vorteile der Demokratie zu begegnen. Polnischerseits wird nicht vergessen, dass die SPD unter Schmidt und Brandt die Bedeutung von Solidarność wegen ihrer Politik des „Wandels durch Annäherung“ viel zu spät erkannt habe, was wie jetzt die Haltung Steinmeiers eine Reise des SPD-Vorsitzenden Beck nach Warschau belastete⁴⁵.

Die „historischen Belastungen“

Die deutsche Gesellschaft hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg wohl mit dem Holocaust, weit weniger aber mit der Verantwortung gegenüber Polen auseinandergesetzt. Viele Menschen sahen den Verlust der Ostgebiete, jedoch nicht die vorausgegangenen deutschen Verbrechen in unserem Nachbarland in den Jahren 1939-1945, was wiederum Polen veranlasste, die Verantwortung für das Geschehen in diesen Gebieten nach 1945 zu verdrängen⁴⁶. In der Ära Kaczyński 2005-2007 wurde in Polen gefördert von dem Brüderpaar diskutiert, dass sich die Deutschen immer mehr „von Tätern zu Opfern“ zu machen versuchten.

In der Tat beschäftigte man sich in Deutschland vermehrt mit dem Leiden von Deutschen am Ende des Krieges und der Nachkriegszeit. Jörg Friedrich beschrieb im „Brand“ die Luftangriffe auf Deutschland. Günther Grass veröffentlichte „Im Krebsgang“, eine Novelle über den Untergang von „Wilhelm Gustloff“, was auch ein Fernsehfilm aufnahm. Ein anderer Film zeigte „Die Flucht“ von Deutschen aus Ostpreußen. Eine Vereinigung von einigen früheren Eigentümern im Osten, die „Preußische Treuhand“, versuchte, auf juristischem Wege beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Ansprüche gegen Polen durchzusetzen, was von Angela Merkel, aber auch von der Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen (BdV), Erika Steinbach, abgelehnt wurde⁴⁷. Deutscherseits wurde allerdings auch zurückgewiesen, dass diese finanziellen Ansprüche gegen den deutschen Staat gerichtet würden. Es war bereits ein Lastenausgleich in den 1950er Jahren erfolgt. Die größte Unruhe in Polen verursachten die Planungen des BdV zur Schaffung eines Vertreibungszentrums. Eine Vorausstellung „Erzwungene Wege“, die zwar Rassismus und Antisemitismus als Vorstufen des Holocaust gekennzeichnet, aber

⁴⁵ „Le Figaro“, 2 IV 2008; 4 IV 2008; „International Herald Tribune“, 2 IV 2008; 3 IV 2008; 4 IV 2008; FAZ, 3 IV 2008; 4 IV 2008; SZ, 15 III 2008; 27 III 2008; 5 IV 2008; 8 V 2008; 14 V 2008; „Die Zeit“ 28 IV 2008.

⁴⁶ „Die Zeit“ 1 III 2007; 8 III 2007; SZ, 1 III 2007; „Welt am Sonntag“, 2 III 2007; BBV, 1 III 2007; 2 III 2007.

⁴⁷ SZ, 20 XII 2007.



den Holocaust selbst ausließ, gab allein Stalin und der Westverschiebung Polens die Verantwortung für die Vertreibung und nicht, wie von Weizsäcker gesagt hatte, dass 1933 die Ursache von Flucht und Vertreibung war. Sie reduzierte die Opfer des Zweiten Weltkrieges auf zwei Opfergruppen, die Juden und die Deutschen. Jarosław Kaczyński sprach von einer „Renationalisierung der deutschen Politik“. Erika Steinbach wurde in Polen zur „hässlichen Deutschen“.

Eine Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn, an der auch polnische Wissenschaftler mitgearbeitet hatten „Flucht – Vertreibung – Integration“, schilderte die mörderische Vertreibung der Armenier im Ersten Weltkrieg, zeigte das nationalsozialistische Besatzungsregime in Polen und den rassistischen Vernichtungskrieg im Osten aber auch die erfolgreiche Integration der 12 Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen in Deutschland⁴⁸. Die Große Koalition in Deutschland hatte bereits 2005 beschlossen, „ein sichtbares Zeichen“ als Gedenkstätte gegen Flucht und Vertreibung zu errichten. Die Ausstellung in Bonn, die polnischeherseits nicht auf Ablehnung stieß, könnte eine Grundlage für ein solches Zentrum bilden.

Der polnische Ministerpräsident Tusk schlug vor, in Danzig, seiner Heimatstadt, wo der Zweite Weltkrieg begonnen hatte, ein „Museum des Zweiten Weltkrieges“ zu errichten. Er lud alle Länder ein, die von diesem Krieg betroffen waren, daran mit zu wirken. Merkel hielt, bei Würdigung des Vorschlages Danzig, an der Gedenkstätte „sichtbares Zeichen gegen Flucht und Vertreibung“ fest, und versprach gegen Einwände von Tusk, dass mit dem Projekt nicht die Absicht verfolgt werde „Ursachen und Folgen des Zweiten Weltkrieges in irgendeiner Weise zu relativieren“⁴⁹.

Der Ort der Gedenkstätte, eines Regierungsprojekts, wird Berlin sein. Umstritten ist noch, ob der Bund der Vertriebenen durch ihre Vorsitzende Erika Steinbach, die durch ihr Auftreten eine eminente Antipathie in Polen erzeugt hat, in das Projekt eingebunden wird. Um internationalen Schaden von dieser Gedenkstätte abzuwenden, wäre sie gut beraten, einen anderen Vertreter des BdV zu entsenden. Die Regierung Tusk hat ihren Widerstand gegen das Vertreibungszentrum aufgegeben, allerdings betont, dass es ein deutsches Zentrum sei und eine Zusammenarbeit abgelehnt. Auch in der polnischen Presse wurde darauf hingewiesen, dass jetzt nicht mehr ein Zentrum entstünde, das die Vertriebenen als Hauptopfer und die Polen und Tschechen als Täter darstellen wolle⁵⁰.

Erfreulich ist es, dass jetzt ein solches Zentrum gegen Vertreibungen mit Zustimmung der polnischen Regierung entsteht. Es ist bedauerlich, dass dieses Zentrum in Berlin angesiedelt wird, einem Ort, den die Polen mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges und dem Holocaust verbinden. Es wäre besser auf beiden Seiten der Oder entstanden, weil beide Völker an der Oder durch Vertreibungen

⁴⁸ *Begleitbuch zur Ausstellung „Flucht – Vertreibung – Integration“*, Bonn 2006.

⁴⁹ SZ, 12 XII 2007.

⁵⁰ „Gazeta Wyborcza“, zit. nach SZ, 12 XII 2007; „Der Tagesspiegel“, 14 XI 2007; „Das Parlament“, 14 IV 2008; FAZ, 5 XI 2007; 12 XI 2007; SZ, 2 III 2007.



betroffen worden sind. Eine große Chance ist dadurch vertan worden, dass dieses Zentrum nicht von Wissenschaftlern aus Deutschland und Polen erstellt wird. Dadurch hätte die Chance bestanden, sich vertieft mit der eigenen Vergangenheit zu beschäftigen, wie es in Polen derzeit durch das Buch von Jan T. Gross: „Fear. Anti-Semitism in Poland after Auschwitz“ geschieht⁵¹. Die Vertreibung der Polen, den meisten Deutschen unbekannt, und der Deutschen, in polnische Geschichtsbüchern anfangs der 1990 Jahre schon behandelt, dann aber wieder gestrichen, müsste Thema in beiden Ländern sein, um ein differenzierteres Geschichtsbild voneinander zu erhalten.

Perspektiven der polnisch-deutschen Beziehung

Die derzeitige politische Konstellation mit den Regierungen Tusk und Merkel erlaubt ein Höchstmaß an Kongruenz und Möglichkeiten zur Überwindung von Beziehungsproblemen. Bei den polnischen Präsidentschaftswahlen 2009 könnte sich die Übereinstimmung Präsident – Regierung im deutschen Nachbarland vergrößern. Für die Bundestagswahl 2009 sehen polnische Beobachter jedoch einem etwaigen SPD-Spitzenkandidaten Steinmeier mit größerer Skepsis entgegen, da ihm in Fortführung der Politik Schröders, eine größere Nähe zu Russland als zu Polen unterstellt wird. Im Bereich der Europäischen Integration gehört Polen jetzt zum Schengen-Raum, die Grenzkontrollen zu den EU-Ländern sind abgeschafft der EU-Vertrag angenommen, die Freizügigkeit von Seiten Deutschland aber wohl bis 2011 verschoben. Der Wunsch Polens zur baldigen Annäherung der Ukraine an EU und vor allem NATO brachte Dissonanzen, die aber die grundsätzliche Übereinstimmung nicht veränderten. In pragmatischer Weise wird sich das Problem der Ostsee-Gaspipeline lösen lassen. Die deutsche Minderheit in Polen ist weniger politisiert und ist in der Frage der zweisprachigen Ortsschilder und der früheren Enteignungen im Gespräch mit der polnischen Regierung. Der Stolperstein „Vertreibungszentrum“ ist beiseite geschoben, auch wenn die Chance vertan wurde ein gemeinsames Projekt an beiden Seiten der Oder anzusiedeln. Görlitz und das polnische Zgorzelec errichten auf eigene Initiative ein Dokumentationszentrum zu Flucht und Vertreibung. Interessant in diesem Zusammenhang, dass sich Ungarn mit einer demonstrativen Geste die Vertreibung der deutschen Volksgruppe bedauert und sich dafür entschuldigt hat. Die polnisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen entwickeln sich weiter. Eine deutsche Rente für Ghetto-Arbeiter ist vorgesehen. Zu klären bleibt weiterhin die Frage der in der Kriegszeit in das jetzige Polen ausgelagerten deutschen Kultursammlungen. Die Arbeit an der deutsch-polnischen Basis konnte, ungeachtet der Aufregetheiten der Kaczyński-Ära, mit der Aufbereitung des deutschen „kulturellen Erbes“ fortgesetzt werden.

⁵¹ SZ, 23 X 2007; polen-rundschau 15 X 2007.





Das gilt auch für die Euroregionen und jetzt auch wieder für das Deutsch-Polnische Jugendwerk⁵².

Trotz der durch Umfragen bestätigten Annäherung der Polen und der Deutschen bleibt die Inkongruenz der Interessen für das jeweils andere Volk und die Ungleichheit der Kenntnisse über das Nachbarland. Es ist sogar festzustellen, dass nach dem Ende der Regierung Kaczynski das politische Interesse in der deutschen Bevölkerung und in den Medien an Polen abnahm. Um so erstaunlicher, dass das Buch des in Polen lebenden deutschen Kabarettisten Steffen Möller „Viva Polonia“ zum Bestseller in Deutschland wurde⁵³. Es wäre zu wünschen, dass sich Deutsche mehr mit Polen beschäftigen und in dieses Nachbarland reisen, damit der politischen Kongruenz auch eine stärkere Kongruenz bei der Bevölkerung entspricht.

⁵² SZ, 14 V 2008; SZ, 29 IV 2008; „Das Parlament“, 26 IV 2008; SZ, 19 XI 2007; „Das Parlament“, 19 XI 2007.

⁵³ S. Möller, *Viva Polonia. Als deutscher Gastarbeiter in Polen*, Frankfurt a. Main 2008.

